

Kurzinformationen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

UN-Vermittler ohne neuen Plan

Der ehemalige tunesische Außenminister Mahmud Mestiri besuchte im September erstmals wieder Kabul, wo er sich drei Tage lang aufhielt. Nach dem Scheitern seines Plans zur Machtübergabe an einen Allparteienrat im Frühjahr 1995 habe er noch kein konkretes Programm, erklärte Mestiri nach seiner Rückkehr nach Islamabad, aber "einige Ideen". Sein afghanisches Büro wolle er in Dshalalabad berichten. Einen Tag vor seiner Ankunft in Kabul hatte ihn der afghanische "Interimspräsident" Burhanuddin Rabbani aufgefordert, für ein Ende der pakistanischen Einmischung in Afghanistan zu sorgen. Die Beziehungen zwischen Mestiri und Rabbani hatten sich extrem verschlechtert, nachdem die UNO auf Mestiris Veranlassung Rabbani die Anerkennung als legitime afghanische Regierung entzogen hatte. Höhepunkt der Krise war, daß Rabbani nicht zu den 50-Jahrfeierlichkeiten der UNO eingeladen wurde.

Französische Botschaft empfiehlt Heimreise

Die französische Botschaft in Kabul, die dort die EU-Mitgliedsstaaten vertritt, hat allen europäischen Staatsbürgern empfohlen, Afghanistan zu verlassen. Das berichtete der in Paris erscheinende Newsletter 'Nouvelles d'Afghanistan' unter Berufung auf das französische Außenministerium. Auch der französische Geschäftsträger bereite sich wegen eines möglichen Generalangriffs der Taleban auf die Stadt darauf vor, Kabul so schnell wie möglich zu verlassen.

Kein Dialog mit Rabbani

Zwei wichtige Oppositionsgruppen haben ein Gesprächsangebot von "Interimspräsident" Rabbani abgelehnt. Ein Sprecher der 'National-Islamischen Bewegung' des Usbeken-Warlords Dostam sagte, es werde keine Gespräche

geben, solange Rabbani am Präsidentenamts festhalte und sich Regierungstruppen in Kabul befänden. Ein Sprecher der radikal-islamistischen 'Islamischen Partei' ('Hezb-e Islami') Hekmatyars meinte, die Kabuler Regierung versuche angesichts ihrer Verluste in den letzten Wochen, die Opposition zu spalten.

Neuer Menschenrechtsbeauftragter

Der neue "UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Afghanistan", der südkoreanische Professor Chun Yung-paik [phonet.], besuchte Ende August erstmals Afghanistan. Drei Tage lang weilte er in Kabul und hatte Kontakte zu verschiedenen zuständigen Ministerialabteilungen. Er plante ferner, die Hauptquartiere mehrerer Oppositionsgruppen zu besuchen, berichtete die BBC. Chuns langjähriger Vorgänger, der Österreicher Felix Ermacora, war zu Jahresbeginn verstorben.

Karmal, Nadshib & Co. - Wo sind sie geblieben?

Der ehemalige afghanische Staats- und Parteichef Babrak Karmal soll französischen Pressemeldungen zufolge vollständig in die russische Hauptstadt übersiedelt sein. Seit dem Einmarsch der Mudshahedin nach Kabul im April 1992 lebte er zuerst in Mazar-e Scharif, später in Hairaton am Grenzfluß Amu-Darja zu Usbekistan; beide Städte befinden sich im Einflußbereich des usbekischen Warlords Abdurraschid Dostam. Karmal und andere ehemalige Führungsmitglieder der 'Demokratischen Volkspartei Afghanistans' (DVPA) sollen zumindest zeitweilig zum Beraterstab Dostams gehört haben.

Karmal war im Dezember 1979 mit dem sowjetischen Truppeneinmarsch in Kabul an die Macht gekommen und in Perestroika-Zeiten unter sowjetischem Druck schrittweise durch seinen Geheimdienstchef Nadshibullah ersetzt worden. Er stand seitdem in Kabul faktisch

unter Hausarrest und versuchte, seine Machtbasis über die DVPA-Fraktion 'Partscham' (Fahne) zu sichern, die damals auf nationalistischen, teilweise antisowjetischen Kurs umschwenkte. Der von Gorbatschow veranlaßte sowjetische Truppenabzug bis Februar 1989 wurde von 'Partscham' als "Verrat an der Revolution" betrachtet. Die meisten 'Partscham'-Führer leben heute im Exil in den Niederlanden.

Karmal-Nachfolger Nadshibullah lebt noch immer in einem UN-Gebäude in Kabul. Die Kabuler Regierung lehnt seine endgültige Ausreise ins Exil ab, soll aber mehrmals stillschweigend eine Behandlung von Nadshibs Nierenleiden im Ausland ermöglicht haben.

Fünftletzte in UNO-Rangliste

Dem vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) errechneten "Index für menschliche Entwicklung" zufolge liegt Afghanistan unter den 174 untersuchten Staaten auf Platz 170. Dahinter rangieren nur schwarzafrikanische Länder. Das geht aus dem jährlichen UNDP-Bericht "Über die menschliche Entwicklung" hervor, der kürzlich veröffentlicht wurde und sich auf ökonomische wie soziale Daten stützt (Bruttosozialprodukt, Lebenserwartung, Ausbildung, Alphabetisierung u.a.).

Einem gesondert berechneten "geschlechtsbezogenen Entwicklungsindex" zufolge haben Frauen in Afghanistan weltweit sogar die geringsten Chancen.

Frauen gegen "Fundamentalismus"

Gegen den "Fundamentalismus" in ihren Ländern demonstrierten 200 Frauen aus Afghanistan, Algerien, Iran, Marokko, Tunesien und der Türkei am Rande des Frauenforums der Nichtregierungsorganisationen bei der UN-Frauenkonferenz im Pekinger Vorort Huairou. Währenddessen untersagten die Taleban in der westafghanischen Stadt Herat Frauen und Mädchen den Schulbesuch und Berufstätig-

keit; nur als Krankenschwestern dürfen sie weiter arbeiten. Ähnliche Bestimmungen existieren auch in Kabul und Dshalalabad, die von anderen Gruppen kontrolliert werden.

Flugzeug-Absturz bei Dshalalabad

Eine Maschine der staatlichen afghanischen Fluggesellschaft 'Ariana' mußte am 13. September auf dem Flughafen der ostafghanischen Provinzhauptstadt Dshalalabad notlanden. Dabei kamen drei Menschen um, 37 wurden verletzt. Den afghanischen Behörden zufolge war über Sarobi, einer Bastion der 'Islamischen Partei' ('Hezb-e Islami'), ein Triebwerk der AN-26 sowjetischer Bauart ausgefallen. Bei Sarobi halten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und der 'Hezb-e Islami' an, die angekündigt hatte, alle Flugzeuge abzuschießen, die ohne Erlaubnis über das Gebiet flögen.

Rückgang in der Opium-Produktion

Um etwa 1.000 Tonnen ist die afghanische Jahresproduktion von Opium im laufenden Jahr zurückgegangen, so ein Sprecher der UN-Rauschgiftbehörde in Islamabad am 16. Oktober. Im laufenden Jahr seien etwa 1.400 Tonnen produziert worden, mit denen das Land weltweit weiterhin zu den größten Opiumherstellern gehöre. Der Rückgang wurde offensichtlich vom Vormarsch der Taleban-Bewegung verursacht, die aus religiösen Gründen den Rauschgifanbau erbittert bekämpft. Der von ihnen seit Ende 1994 kontrollierte Süden Afghanistans, besonders die Provinz Helmand, hatte ausgedehnte Mohnfelder beherbergt, die die Taleban niedergebrannt haben.

IKRK braucht Geld für Afghanistan

Noch 153 Millionen Schweizer Franken braucht die UNO im laufenden Jahr für humanitäre Hilfe in Afghanistan, so der für Logistik zuständige IKRK-Direktor Jean de Courten in Genf laut 'Financial Times'. 1994 hatte die UNO 106 Millionen US\$ erbeten, aber nur weniger als 80 Millionen erhalten. De Courten beklagte, daß international wenig beachtete Konflikte wie der in Afghanistan wieder aufflammten, während die Bereitschaft der Geberländer zur Unterstützung nachlasse. An der Spitze der Geberländer stünden, gemessen an der Einwohnerzahl, die USA, die Nieder-

lande, die skandinavischen Staaten, die Schweiz und Luxemburg. Vor allem Deutschland, Frankreich und Japan blieben hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Bundesverwaltungsgericht zu Abschiebeschutz

Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin hat am 17. Oktober eine Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zurückgewiesen, derzufolge wegen des Bürgerkriegs in Afghanistan "allgemein wesentlich erhöhte Gefahren für Leib und Leben" bestünden, was einen "bisher nicht ausgesprochenen allgemeinen Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige durch den Bayerischen Staatsminister des Innern" begründe und er "daher an der Prüfung des Vorliegens von Abschiebehindernissen im Einzelfall gehindert" sei. "Der einzelne Ausländer hat keinen Anspruch auf den Erlaß eines solchen Abschiebestopps", heißt es in der Urteilsbegründung aus Berlin, daher müsse auch bei afghanischen Bürgerkriegsflüchtlingen weiter eine Einzelfallprüfung erfolgen. Das Bundesverwaltungsgericht hatte damit über die Klagen mehrerer Afghanen befunden, die sich gegen eine Abschiebung in ihre Heimat wenden.

Flughafen Kabul wieder unter Beschuß

Erstmals seit Monaten wurde auch der Kabuler Flughafen wieder unter Beschuß genommen. Nach Berichten der BBC schlugen Ende Oktober fünf Raketen ein, als ein vom 'Internationalen Komitee des Roten Kreuz' gechartertes Flugzeug gerade abheben wollte. Weder diese Maschine noch die Flughafenanlagen sollen getroffen worden sein, auch Menschen seien nicht zu Schaden gekommen. Ein Geschoß soll allerdings auch die Landebahn getroffen haben. Beobachter machten die Taleban-Bewegung für den Angriff verantwortlich.

Ökologisch ausgerichtetes HELP-Projekt

Die 'Agency for Rehabilitation & Energy conservation in Afghanistan' (AREA) und die deutsche Hilfsorganisation 'HELP' (Bonn) haben für Afghanistan ein Konzept zur Einsparung von wertvollem Holz entwickelt. Das geht aus der neuesten Ausgabe des 'HELP-Rundbriefs' hervor. In der Süd-Provinz Kanda-

har sollen Betonbauteile hergestellt und zum Teil zu subventionierten Preisen verkauft werden. Damit sollen als Vorbild für den privaten Hausbau zunächst öffentliche Gebäude wiederaufgebaut werden. Außerdem soll künftigen Bäckern durch Kleinkredite der Einsatz holzsparender Öfen ermöglicht werden. Holz ist in Afghanistan der wichtigste Brennstoff, wird aber zunehmend knapp. Ende der 80er Jahre waren nur noch etwa vier Prozent seiner Oberfläche bewaldet, vor allem entlang der Ostgrenze zu Pakistan. Doch die Bestände gingen durch die Kriegseinwirkungen und den "traditionellen" Bauholzschmuggel nach Pakistan, der von den paschtunischen Grenzstämmen kontrolliert wird, weiter zurück.

Rauswurf eines Diplomaten

Wegen "unzüchtigen Verhaltens" hat die afghanische Botschaft in Neu-Delhi einen Diplomaten entlassen, meldeten mehrere französische Zeitungen. Ein Botschaftssprecher teilte mit, daß der Mann offensichtlich angetrunken auf das Grundstück seiner Nachbarn eingedrungen und vor der Frau des Hauses seine Hosen heruntergelassen habe. Für dieses Verhalten entschuldigte er sich bei der indischen Regierung. Zur Erklärung fügte der Sprecher hinzu, der Geschaßte sei "früher Kommunist" gewesen - "ein Moslem hätte so etwas nie getan".